

stärkung des Sektors „Weiterbildung“ auf der Hand. HERBERT NIERHAUS plädiert hierfür, weist gleichzeitig auf die nötigen Rahmenbedingungen, aber auch auf den ambivalenten Charakter von Weiterbildung hin, einerseits in immer stärkerem Maße Instrument der Arbeitsmarktpolitik zu werden, andererseits der individuellen Bildung zu dienen.

„Berufsbildung in den achtziger Jahren“ läßt sicherlich viele Fragen offen. Mehr als ein Anstoß und eine Aufforderung zur Diskussion soll dieses Heft auch nicht sein. Diskussionen zum Thema „Berufsbildung“ können auch in der BWP geführt werden – die Redaktion lädt dazu ein.

Hermann Schmidt

Friedrich Edding

Das Duale System im Übergang zur Pluralität der Lernorte

Das Duale System der beruflichen Erstausbildung hat als Institution große Bestandsfestigkeit gezeigt. Durch schrittweise Anpassungen an neue Gegebenheiten hat es seine innere Lebensfähigkeit stetig erneuert, sich als hinreichend flexibel bewährt und trotz notorischer Mängel seine Attraktivität für einen großen Teil des Nachwuchses erhalten. Daß dies auch in den 80er Jahren so sein wird, erscheint als eine bei entsprechenden Anstrengungen durchaus realisierbare Perspektive. In der gegebenen Rechtsordnung als Konstante sind allerdings bedeutende Änderungen von Umfang und Qualität dieser Ausbildungsform unvermeidlich.

Die rechtliche Dualität ist festgeschrieben

Eine Änderung der rechtlichen Grundkonstruktion ist unwahrscheinlich. Die Kompetenz des Bundes für den betrieblichen Teil und die Zuständigkeit der Länder für den schulischen Teil der Ausbildung können als festgeschrieben gelten. Auch die seit 1969 in einigen Bundesgesetzen vorgenommenen Einzelregelungen geben überwiegend den zwischen Staat und Verbänden sowie zwischen den Parteien für absehbare Zeit als möglich erscheinenden Kompromiß wieder. Nicht einmal eine große Koalition, wenn sie sich in den 80er Jahren wiederholen sollte und wenn sie entschlossen wäre, ihre Energien diesem Gebiet zuzuwenden, hätte große Chancen, an dem austarierten Gefüge Wesentliches zu ändern.

Innerhalb dieses Ordnungsrahmens und im Verhältnis des Dualen Systems zu anderen Teilen des Bildungswesens sind jedoch Weiterentwicklungen notwendig und möglich, insbesondere insofern sie Tendenzen in der Betriebs- und Produktionsstruktur sowie Nachfragetendenzen der Ausbildung Suchenden entsprechen. Diese Tendenzen bestätigen zum Teil frühere Reformvorstellungen.

Konzepte totaler Veränderung des Systems blieben wirkungslos

Das Duale System durch ein völlig anderes zu ersetzen, ist aus verschiedenen Gründen immer wieder gefordert worden. 1947 zirkulierte zum Beispiel in den Büros der Besatzungsmächte die Denkschrift eines Amerikaners [1], deren Hauptanliegen der Vorschlag war, die Aufgabe der Ausbildung künftig, in Anlehnung an das System der vocational high schools, neu aufzubauen. Darüber wurde aber damals keine Einigung erzielt, zumal es sehr viel gekostet hätte. Eine noch radikalere Reform schlug 1952 der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände, Heinrich Rodenstein, vor. In seinem Vortrag über „Grundsätze der Neuformung des deutschen Bildungswesens“ [2] verlangte er eine obligatorische schulische Berufsbildung für den gesamten Nachwuchs (auch die Lehrer sollten alle einen zweiten Beruf erlernen und zeitweise ausüben) sowie eine Reduktion der danach freiwillig gewählten und spezialisierten betrieblichen Ausbildung auf ein

Jahr. Rodensteins Konzept wurde viel bewundert, veränderte aber zunächst kaum etwas. Seine Gedanken erhielten erst eine Chance teilweiser Verwirklichung, als in den 70er Jahren eine neue Lage entstanden war.

Gleichwertigkeit durch gleiche Lernziele?

Zur Veränderung der Lage trugen mehrere Entwicklungen bei. Die einseitige Prämiierung des gymnasial-akademischen Bildungsweges in den Lebenschancen hatte die Kanalisierung eines immer größeren Nachwuchsanteils in Richtung Hochschule bewirkt. Politiker aller Parteien forderten deshalb in den 70er Jahren, die berufliche Bildung müsse im Verhältnis zu den allgemeinbildenden Schulen als gleichwertig oder gleichrangig anerkannt werden. Die Erziehungswissenschaft faßte dies als Bestätigung ihrer seit langem vorgetragenen These auf, daß die Verfassung unseres Staates gleiche Entwicklungschancen jeder Person verlange. Einige allgemeine Lernziele müßten für alle gelten, auch wenn nicht zu erwarten sei, daß alle auf dem Weg zu diesen Zielen gleiche Schwierigkeitsgrade würden meistern können. Wenn das Duale System als gleichrangiger Bildungsweg gelten sollte, dann müßten hier auch allgemeine Lernziele der weiterführenden Schulen mehr als bisher gepflegt werden. Einseitiger Drill in bestimmten Fertigkeiten und Kenntnissen sei dann nicht mehr ausreichend. Lernziele höheren Anspruchs wie zum Beispiel Sinnverständnis, Kreativität, Mobilität und Dispositionsfähigkeit müßten als ebenso wichtig gelten. Die besondere Chance der betrieblichen Ausbildung, die Verbindung von Denken und Handeln an verantwortlich durchzuführenden Aufgaben üben zu können, sollte auch als zentrales Bildungsziel verstanden werden. Auch auf der betrieblichen Seite wurde die Überbetonung speziellen Drills in der Ausbildung zunehmend als Schwäche erkannt. Die Anforderungen der modernen Produktionsweise und der Wandel der Marktlagen machten es ratsam, dem Nachwuchs ein breiteres Fundament zu geben und ihn zu mehr Flexibilität zu erziehen. Das erforderte besser qualifizierte Ausbilder und mehr Unterricht in Verbindung mit der Ausbildung in der Produktion und in Lehrwerkstätten, oder aber mehr Schule. Dies durfte allerdings, vom Betrieb her gesehen, nur eine anwendungsbezogene und berufsvorbereitend arbeitende Schule sein. Die Freistellung für einen zweiten Berufsschulstag, zum mindesten im Beginn der Ausbildung, erschien nun als diskutabel. Die Reformforderungen in Richtung auf Systematisierung, überbetriebliche Ausbildungsstätten, Blockunterricht und Stufung der Ausbildung wurden zunehmend akzeptiert und verwirklicht.

Die Forderung der Integration

Die Erziehungswissenschaft ging noch einen Schritt weiter, indem sie das Konzept der Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung entwickelte. Dies allerdings war in den üblichen losen

Formen der Kooperation zwischen Betrieben und Berufsschulen nicht zu verwirklichen. Es verlangte die Zusammenführung der Lernorte Arbeitsplatz und Schule in einer Verantwortung, entweder in Betrieben oder in Schulen. Betriebe haben, wenn auch nur in Ausnahmefällen, schon lange solche Integration versucht und erprobt. Mit der übrigen betrieblichen Ausbildung gekoppelte Werkberufsschulen, vom Staat als Ersatzschulen anerkannt und entsprechend finanziert, haben sich jedoch bisher in der Bundesrepublik als mögliche Form betrieblicher Aktivität in der Breite wenig durchgesetzt. Im Unterschied zur DDR, wo diese Zusammenführung von Lernorten in den Betrieben schon lange und in zunehmender Breite praktiziert wird, hat die Zahl der Werkberufsschulen in der Bundesrepublik sogar tendenziell abgenommen. Eine Integrationstendenz zeigt sich hier jedoch deutlich darin, daß zahlreiche Betriebe, insbesondere die größeren Betriebe, außer dem Lernen am Arbeitsplatz und in eigenen Lehrwerkstätten einen damit verbundenen Unterricht im Betrieb neben der Teilnahme am Berufsschulunterricht eingeführt haben. Die Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung in Schulen und damit in Verantwortung der Kultusministerien wird im Rahmen des Berufsgrundbildungsjahres in großen Teilen der Bundesrepublik mit zunehmendem Erfolg angestrebt. Berufsfachschulen haben sich in den 70er Jahren stark ausbauen können. Ein kleiner Teil dieser Schulen ersetzt eine volle Ausbildung. Doppeltqualifizierende Bildungsgänge auf der zum Abitur führenden Oberstufe anzubieten, ist erst in wenigen Fällen gelungen. Immerhin gibt es einige bewährte Prototypen auch dieser Form von Integration [3] und es ist zu vermuten, daß sie in den 80er Jahren Nachfolge finden werden. Im übrigen wird die anhaltende Expansion der Gymnasien auch deren Inhalte und Qualitätsniveau verändern. Die Vervielfachung des dort unterrichteten Nachwuchsanteils muß Folgen für die Berufsorientierung der Lehrpläne haben. Daher liegt es nahe, einen zunehmenden Teil dieser Schulen doppeltqualifizierend auszugestalten. Die Betriebe haben schon in den letzten Jahren Absolventen von Realschulen [4] und Gymnasien oft eine verkürzte Ausbildung angeboten. Sie werden dies bei Absolventen von Schulen mit integrierten Lehrplänen verstärkt tun müssen.

Das von H. Rodenstein 1952 vorgetragene Konzept erschien damals vielen nur als eine schöne Utopie. Die hier bezeichneten Entwicklungen lassen für die 80er Jahre erwarten, daß Integration in vielfältigen Formen, teils innerhalb der Rechtsformen des Dualen Systems, teils aber auch in öffentlichen oder privaten Vollzeitschulen fortschreiten und damit Grundgedanken jenes Konzeptes der Neuformung verwirklichen wird.

Die Lernortanteile verändern sich

In der öffentlichen Meinung findet sich noch die Auffassung stark verbreitet, daß die Bezeichnung Duales System auch eine feste zeitliche Relation von Lernen in der Produktion und Lernen in der Berufsschule bedeutet. Dies trifft seit langem in vielen Ausbildungen nicht mehr zu. Die 1971 eingesetzte Sachverständigenkommission „Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung“ entdeckte bei ihren Erhebungen nicht ohne Überraschung, daß die Zeitanteile des Lernens am Arbeitsplatz an der gesamten Ausbildungszeit in einer sehr weiten Spanne differierten. Je nach Ausbildungsberuf, Betriebsart, Betriebsgröße, Jahr der Ausbildung und Art der Vorbildung gab es längere, kürzere oder gar keine Zeiteinheiten des Lernens in der Produktion. Dementsprechend unterschiedlich waren die Zeiten in Lehrwerkstätten und in produktionsnaher fachlicher Unterweisung. Als relativ gleich erschienen damals nur die Zeiten in der Berufsschule. In dem Zwischenbericht, den die Kommission 1973 veröffentlichte, wurde deshalb erstmals als Zielrichtung die Optimierung der Lernortkombination angesprochen [5]. Die Erforschung der relevanten Fakten und ihrer Begründungen ist seither nicht viel weitergekommen, obwohl es sich um eine der wichtigsten Entwicklungen in der Ausbildung handelt. Soweit Informationen vorliegen, deuten sie auf einen starken Trend

zur proportionalen Zunahme der Zeiten in nicht produktionsgebundener Ausbildung. Als Hauptursachen dafür sind die veränderte Lage in der Produktion und die veränderten Anforderungen im Beruf anzusehen. Die komplizierter werdenden Techniken verlangen vor allem mehr Abstraktionsfähigkeit und die raschen Veränderungen in der Nachfrage nach Qualifikationen erfordern eine breitere Grundausbildung. Die Zahl der Betriebe wächst offenbar, in denen es kaum möglich ist, in der Produktion einen Ausbildungsplatz für Anfänger zu finden. Großbetriebe begegnen dieser Schwierigkeit, indem sie teils eigene Lehrwerkstätten, teils für fachlichen Unterricht qualifizierte Ausbilder einsetzen. Klein- und Mittelbetriebe sind zunehmend gezwungen, sich für diese Funktionen auf überbetriebliche Einrichtungen zu stützen. So kommt der Auszubildende oft erst im zweiten oder dritten Lehrjahr intensiv in die Produktion. Erhebungen, die jetzt vorgenommen werden, dürften belegen, daß Veränderungen der oben bezeichneten Art die Struktur der Ausbildung bereits in den 70er Jahren sehr stark verändert haben. Es ist zu vermuten, daß entsprechende Verlagerungen der Gewichte der einzelnen Ausbildungskomponenten in den 80er Jahren anhalten und sich zum Teil noch verstärken werden. Die Kooperation der Lernorte und die Planung der Lernphasen dürften damit für die Ausbildung zunehmende Bedeutung erhalten.

Auswirkungen in den Nettokosten

Für große Teile der Ausbildung galt noch in den 60er Jahren die Voraussetzung, daß der Auszubildende die für ihn aufgewandten Kosten durch seinen Beitrag zur Produktion selbst aufbringt, womöglich sogar dem ausbildenden Betrieb einen Gewinn verschafft. Schon die von der Sachverständigenkommission 1972 vorgenommene Erhebung wies nach, daß es Nettoerträge nur noch in relativ geringem Umfang gab, Nettokosten aber größtenteils eine beträchtliche Höhe erreicht hatten [6]. Vergleichbare Erhebungen wurden seither nicht durchgeführt. Die Informationen, die über die Verminderung des Anteils der Produktionszeiten in der Ausbildung vorliegen, lassen aber darauf schließen, daß sich der produktive Beitrag der Auszubildenden zur Aufbringung der Kosten in den 70er Jahren im ganzen weiter verringert haben dürfte. Da die Ausbildung in der zweiten Hälfte der 70er Jahre im Zeichen sehr starker Nachfrage nach Ausbildungsplätzen stand (irgendeine Ausbildung ist besser als keine Ausbildung), ist zu vermuten, daß die Kosten verursachende Qualitätsverbesserung in dieser Periode für viele Anbieter keine hohe Priorität hatte. Es ist anzunehmen, daß der Einsatz von Ausbilderstunden sowie die Zahl von Stunden der Auszubildenden im betrieblichen Unterricht, die Zeiten in eigenen und überbetrieblichen Lehrwerkstätten, ja sogar die Stundenzahl in der Berufsschule hinter den erwünschten oder vorgeschriebenen Standards oft eher zurückgeblieben sind. Mit Sicherheit ist zu prognostizieren, daß diese Kosten auf längere Sicht steigen müssen, wenn die Ausbildung zeitgemäße Qualität haben soll.

Ab Mitte der 80er Jahre wird außerdem ganz zweifellos von dem Verhältnis zwischen der Ausbildungskapazität der Betriebe und der Schulen auf der einen Seite und den drastisch verringerten Jahrgangsstärken auf der anderen Seite ein Wettbewerbszwang ausgehen, der tendenziell eine Verbesserung der Qualität des Ausbildungsangebots und damit höhere Nettokosten verursachen muß.

Die Sachverständigenkommission hatte bei der Auswertung der Daten aus der Erhebung von 1972 gefunden, daß zwischen Kosten und Qualität der Ausbildung größtenteils nur eine schwache positive Korrelation festzustellen war [7]. Da aus politischen Gründen mit dieser Aussage eine irreführende Propaganda betrieben worden ist, sei hier darauf hingewiesen, daß zwischen qualitätswirksamen Kosten und anderen Kosten zu unterscheiden ist. Qualitätswirksam war bisher im Durchschnitt nur der kleinere Teil der Ausbildungskosten und nur der Umfang und die Zusammensetzung dieses kleineren Teils erlaubte Schlüsse auf die Qualität. Etwa 60% der Kosten bestanden

damals aus Versicherungsbeiträgen und Vergütungen für die Auszubildenden, Kosten also, bei denen ein Zusammenhang mit dem Lernfortschritt kaum zu vermuten sein dürfte.

Die durchschnittliche Höhe der monatlichen Ausbildungsvergütung wurde im Abschlußbericht der Kommission für 1972 mit DM 268,— angegeben. Für 1979 wurde dieser Betrag aufgrund der tariflichen Festlegungen (nicht die effektiven Zahlungen) mit DM 478,— ermittelt, was für dieses Jahr einer Gesamtsumme von mehr als 8 Mrd. DM entspräche. Die Erhöhung der Vergütung ist von den Vertretern der Auszubildenden und diesen selbst als Qualitätsverbesserung betrachtet worden, wenn auch die sachlich kaum zu begründenden großen Unterschiede der Vergütung viel Mißmut verursachten. Doch ist zu fragen, ob nicht die Steigerung dieses Kostenteils in gefährlicher Konkurrenz steht zu sehr viel mehr erwünschten Steigerungen bei Kostenarten, die den Lerneffekt verbessern können. Im Blick auf die künftige Entwicklung ist zu befürchten, daß in den Verhandlungen der Tarifpartner die augenfällige Werbung durch hohe Vergütungen noch mehr als bisher Vorrang haben könnte vor den notwendigen substantziellen Verbesserungen der Ausbildung.

Probleme des Finanzausgleichs

Wenn die Ausbildung im Dualen System im Blick auf die Lernziele der Ausbildung in Vollzeitschulen gleichwertig werden, wenn sie in allen Betrieben bestimmten Mindeststandards entsprechen, wenn sie ausländische Jugendliche und andere Problemgruppen angemessen fördern, und wenn sie auch in den wirtschaftsschwächeren Gebieten hinreichend verfügbar sein soll, dann dürfte dies in den 80er Jahren noch weniger als im vergangenen Jahrzehnt mit der einzelwirtschaftlichen Finanzierung allein gelingen.

Finanzstarke Großbetriebe haben bisher und dürften auch in Zukunft keine ernststen Schwierigkeiten haben, die Nettokosten der Ausbildung selbst zu tragen beziehungsweise zu überwälzen. Wenn sie sich, wie dies seit einigen Jahren der Fall war, alle an der beruflichen Ausbildung des Nachwuchses beteiligen, dann ist auch die Abwanderung eines Teils der Ausgebildeten in andere Großbetriebe kein Problem, das finanzielle Ausgleichsmaßnahmen dringend macht. Die Vorteile intensiver Ausbildung für Produktivität, Betriebsklima und öffentliches Ansehen gelten offenbar den Großbetrieben als so bedeutend, daß sie die Kosten/Nutzen-Rechnung als hinreichend befriedigend beurteilen und Ausbildung als Komponente betrieblicher Aktivität ebenso wie die Weiterbildung dauerhaft im Programm haben [8].

Bei mittleren und kleinen Betrieben liegen die Verhältnisse anders. Sie müssen die Steigerung der Nettokosten, die insbesondere durch den verminderten Produktionsanteil in der Ausbildung unvermeidlich erscheint, mit größerer Sorge betrachten. Die Unternehmer sind in den unteren Betriebsgrößenklassen meist nicht in der Lage, für Ausbildungsaufgaben speziell zuständige, professionelle Kräfte zu beschäftigen. Sie haben also persönlich einen großen Teil der Mühe auf sich zu nehmen, die Ausbildung mit sich bringt. In diesen Betriebsklassen bildet nur der kleinere Teil der Betriebe aus und in der Qualität der Ausbildung sind hier sehr große Unterschiede festzustellen. Hohe Nettokosten und hohe Abwanderungsquoten zusammen mit anderen Belastungen wirken in diesem Bereich der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und wohl auch ihrer Bereitschaft zur Qualitätsverbesserung entgegen. Die ab 1985 zu erwartende starke Verminderung der Menge, möglicherweise aber auch der durchschnittlichen Qualität der eine Ausbildung Nachfragenden wird diese Betriebe besonders stark betreffen. Im Interesse der Verstetigung und Qualitätsanhebung hat die von der Bundesregierung 1971 berufene Sachverständigenkommission einen Ausgleich der finanziellen Belastungen aus der Ausbildung mittels Umlage empfohlen. Diese Empfehlung ist seinerzeit von den Unternehmerverbänden und einem Teil der Fraktionen des Bundestages als unverträglich mit den Prinzipien der Marktwirtschaft bezeichnet und mit einem Tabu belegt worden. Die Beurteilung in der Wissenschaft ist dem überwiegend nicht

gefolgt. Wie weit die Ausbildung zum Markt oder zur Infrastruktur gehört, wird zwar unterschiedlich betrachtet. Aber sicherlich gelten Umlagen und andere parafiskalische Finanzierungswege heute in der Wissenschaft nicht als unverträglich mit der sozialen Marktwirtschaft. Hier ist auch daran zu erinnern, daß die Kommission „Berufliche Bildung“ der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages und der CDU-Bundespartei im Mai 1973, also bald nach dem Erscheinen des Zwischenberichts der Sachverständigenkommission, ein Reformprogramm verabschiedete, das zur Finanzierung der Ausbildung drei verschiedene Methoden der Umlage und der Fondsorganisation vorschlug. Zu beachten ist auch, daß seither einige Wirtschaftszweige im Wege des Tarifvertrages überbetriebliche Ausgleichsfonds eingerichtet haben.

Wenn die These zutrifft, daß sich die Anforderungen an die berufliche Ausbildung und ihre Nettokosten im Übergang zur Pluralität und Kooperation mehrerer Lernorte allgemein erhöhen werden, dann ist vorauszusehen, daß die Diskussion über die beste Möglichkeit des finanziellen Ausgleichs wiederaufgenommen werden muß. Es bleiben außer den verschiedenen Methoden der Umlage eigentlich nur die Abwälzung der finanziellen Belastung auf Schulen und die gezielte staatliche Subvention als sicher wirksames Mittel zur Lösung der sich verschärfenden Probleme. Aber wer darf es wagen, nachdem Kürzung der Subventionen ein Dauerthema geworden ist, neue Subventionen vorzuschlagen. Das Tabu hat sich verlagert.

Gleichwertigkeit in den Laufbahncancen?

Obwohl das Ausbildungsangebot im Dualen System seit der Gründung unserer Republik größtenteils sehr verbessert wurde und auf den hier bezeichneten Wegen noch allgemeiner verbesserungsfähig ist, hat der Drang in vollzeitliche Schulen ständig zugenommen und wird sich voraussichtlich auch in den 80er Jahren in der Relation noch verstärken. Das dürfte sich auch durch Leistungen im Dualen System allein nicht ändern lassen, weil die Ursachen überwiegend außerhalb der Ausbildung liegen.

Die Chancen der Absolventen einer Berufsausbildung im Dualen System, in obere Positionen der beruflichen Hierarchie zu gelangen, haben sich im Trend verschlechtert. Bemühungen, dies zu ändern, hat es hier und da gegeben, aber sie gingen nicht so weit, einen praxisorientierten eigenständigen zweiten Bildungs- und Laufbahnweg anzustreben, der nicht an die Stationen Abitur und Hochschulabschluß gebunden wäre. So wurden zwar einige Durchlässigkeiten geschaffen, um die Ausbildung im Dualen System nicht völlig als Sackgasse erscheinen zu lassen. Diese Öffnungen galten aber nur für diejenigen, die nach der beruflichen Erstausbildung bereit waren, das von gymnasialen und akademischen Lernzielen bestimmte Joch studienorientierter Bildungsgänge auf sich zu nehmen. Auch diese Durchlässigkeit wurde im Laufe der 70er Jahre allmählich wieder eingeschränkt oder durch Abiturienten des Normalweges blockiert. Sogar auf dem Weg zur Tätigkeit als Berufsschullehrer im Dualen System gilt es deshalb zur Zeit nicht mehr als vorteilhaft, dies System durch eigene Erfahrung kennengelernt zu haben. Keine Vorschrift verlangt, daß der Berufsschullehrer denselben Abschluß erlangt haben muß, den seine Schüler anstreben.

Wie sich die Verteilung der Aufstiegschancen in den 80er Jahren ändern könnte, solange kein eigenständiger zweiter Bildungsweg geschaffen wird, ist nicht zu erkennen. Dieser Weg müßte dem Bedürfnis großer Teile des Nachwuchses nach früher Teilnahme am praktischen Handeln genügen. Er müßte dem Lernziel, Wissen und Verhalten sowie Denken und Handeln verbinden zu können, zentrale Bedeutung geben. Dies zu leisten, wäre innerhalb des Dualen Systems möglich und könnte das Hauptziel seiner Entwicklung in den 80er Jahren werden.

Um die Gleichwertigkeit eines solchen Bildungsweges mit dem traditionsmächtigen Weg gymnasial-akademischer Prägung zu erreichen, bedürfte es jedoch ergänzender Maßnahmen auf den weiterführenden Stufen der Bildung, im Berechtigungswesen sowie in der Einstellungs- und Beförderungspraxis privater und öffentlicher Betriebe. Die Rede vom Marschallstab im Tornister

des einfachen Soldaten wirkt nur dann motivierend, wenn sie sich für einige sichtbar erfüllt und wenn eine größere Anzahl die Vorstufen von Hauptmann und Oberst erreicht. Doch die Chance, daß der jetzt als Lehrling ins Berufsleben Eintretende ohne späteres Nachholen einer akademischen Bildung bis in die Vorstandsebene aufsteigen könnte, tendiert bisher gegen Null. In den Rekrutierungsmöglichkeiten der Betriebe für die Duale Ausbildung wird sich dies in der zweiten Hälfte der 80er Jahre als Hemmnis auswirken, wenn nicht geplant gegengesteuert wird. Aus der Diskussion dieser Problematik in den 70er Jahren geht hervor, daß sie nur lösbar erscheint, wenn es gelingt, für Bewerber mit abgeschlossener beruflicher Erstausbildung in bestimmten Bildungsgängen des tertiären und des Weiterbildungssystems hinreichend große Quoten vorzusehen und freizuhalten. Dies ist kein Problem von Kosten und Finanzierung, aber ein mindestens so schwieriges Problem. Wer die Gleichwertigkeit eines Bildungsweges will, der durch frühen Eintritt in die Praxis charakterisiert ist, der muß auch das Problem der Aufstiegschancen zu lösen suchen. Ob dies gelingt, wird in den 80er Jahren letztlich darüber entscheiden, wie der Wettbewerb zwischen Vollzeitschulen und Dualer Ausbildung um halbierte Jahrgänge ausgeht.

Laszlo Alex

Berufsausbildung: Struktur und Entwicklungstendenzen

Nachfrage auf dem Höchststand

Die Zahl der Ausbildungsverhältnisse im dualen System wird zum Jahresende 1980 einen neuen Höchststand erreichen, nachdem bereits schon im Vorjahr mit 1,64 Mio. das höchste Nachkriegsergebnis von 1955 überschritten war. Daß die Zahl an Ausbildungsverhältnissen nicht noch höher ansteigt, ist der steigenden Zahl der „Anrechnungsfälle“ zu verdanken. Während 1975 bei jedem neunten (54.000) neu abgeschlossenen Ausbildungsvertrag die Ausbildungszeit aufgrund § 29 BBiG verkürzt wurde, begann 1979 bereits jeder Sechste (109.000, Zuwachs von 100%!) mit einer verkürzten Ausbildungszeit.

... wegen der geburtenstarken Jahrgänge

Der starke Anstieg der Ausbildungsverhältnisse ist von der Nachfrageseite, vor allem durch die geburtenstarken Jahrgänge von Schulentlassenen, hervorgerufen worden. Die Zahl der Schulabgänger von allgemeinbildenden Schulen (Haupt-, Sonder-, Realschulen und Gymnasien) stieg von 1975 bis 1980 um 200.000 auf über 1 Mio. Im Jahresdurchschnitt verließen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre jährlich 160.000 Schüler mehr die allgemeinbildenden Schulen als in der ersten Hälfte.

... wegen der gestiegenen Motivation der Jugendlichen

Der Anstieg der Ausbildungsverhältnisse geht aber auch auf die veränderte Einstellung/Motivation der Jugendlichen zur betrieblichen Berufsausbildung, was auch durch den Ausbau der beruflichen Vollzeitschulen, insbesondere des Berufsprüfungsjahres, gefördert wurde, zurück. Im Gegensatz zu der bis Anfang der 70er Jahre zu beobachtenden, rückläufigen Tendenz der Nachfrage nach betrieblicher Berufsausbildung ist seit Mitte der 70er Jahre eine Umkehr festzustellen: Der Anteil der Schulabgänger, der eine betriebliche Berufsausbildung anstrebt, ist angestiegen. Rund 75% der Absolventen der Sekundarstufe I gingen in den letzten Jahren entweder direkt oder indirekt – nach zeitweiligem Besuch einer beruflichen Vollzeitschule – in die duale Ausbildung. Zu Beginn der 70er Jahre lag diese Quote knapp über 70%.

Anmerkungen

- [1] Keller, Franklin J.: Vocational Education in Germany. Mimeographed Report, Office of Military Government United States (OMGUS), 1947.
- [2] Rodenstein, H.: Grundsätze der Neuformung des deutschen Bildungswesens. Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände, 1952.
- [3] Fintelmann, K.: Arbeit und Bildung. Studie über die Integrierbarkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Schriftenreihe Bildungsplanung. Jg. 27. Bd. 1–2, Bonn 1978.
- [4] Der Anteil der Realschulabsolventen unter den Auszubildenden stieg von 19 % in 1970 auf 32 % im Jahre 1978. Der Anteil der Abiturienten erhöhte sich in diesen Jahren von 1,3 % auf 5,5 %, in kaufmännischen Berufen von 2,2 % auf 9,5 %.
- [5] Sachverständigenkommission „Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung“ Zwischenbericht der Kommission, Bonn, Januar 1973. S. 28 f.
- [6] Sachverständigenkommission „Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung“ Abschlußbericht, Bertelsmann Bielefeld 1974, S. 165 ff.
- [7] ebenda, S. 299 ff.
- [8] Sadowski, D.: Berufliche Bildung und betriebliches Bildungsbudget. C. E. Poeschel Verlag Stuttgart 1980. Betriebswirtschaftliche Abhandlungen, Neue Folge, Band 44.

Der Anteil der in einer dualen Ausbildung befindlichen Hochschulberechtigten an den Hochschulberechtigten insgesamt hat sich seit Beginn der 70er Jahre etwa verdreifacht. Annähernd 12% der Hochschulberechtigten absolvieren heute eine betriebliche Lehre.

Durch die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge, die 1979 mit 640.000 um 140.000 über dem Wert des Jahres 1976 lag, ist die Nachfrage nach betrieblicher Berufsausbildung noch nicht vollständig wiedergegeben. Die Zahl der Jugendlichen, die eine betriebliche Ausbildung anstrebten, sie jedoch nicht realisieren konnten, ist nicht genau feststellbar. In einer Untersuchung im Frühjahr 1980 wurde sie für das Jahr 1979 auf rund 90.000 geschätzt [1], wobei in dieser Zahl auch Ausbildungsplatzsuchende enthalten sind, die bereits in Vorjahren vergeblich um einen Ausbildungsplatz nachgesucht haben und zwischenzeitlich eine berufliche Vollzeitschule besuchten (Jungarbeiter und beschäftigungslose Jugendliche).

Auch in kommenden Jahren anhaltend hohe Nachfrage

Für die kommenden Jahre dürfte die Neigung der Jugendlichen für eine betriebliche Berufsausbildung eher steigen als sinken. Es gibt vielfache Zeichen dafür, daß in der Wertvorstellung der Jugendlichen die Selbständigkeit heute eine größere Rolle spielt als früher. Die Frage des Institutes für Demoskopie in Allensbach vom Sommer 1980: „Manchmal liest man ja in der Zeitung, daß jemand, der in guten Verhältnissen in der Großstadt gelebt hat, alles aufgibt und auf's Land zieht, um dort als Bauer oder als Handwerker eine neue Existenz zu beginnen. Hatten Sie schon einmal das Gefühl, das würde ich auch machen, wenn ich könnte, oder können Sie sich das gar nicht vorstellen?“ beantworteten überdurchschnittlich viele Leute zwischen 16 und 29 Jahren, nämlich 35%, positiv.

Auch dürfte sich der Kreis der Nachfragenden erweitern, wenn es entsprechend den bildungspolitischen Absichten gelingt, die Ausbildungsmotivation und -fähigkeit von Jugendlichen in sogenannten Problemgruppen zu erhöhen. Gegenwärtig erhält nur